

Chinas 12-Punkte-Plan hat viele Schwächen

Ukrainekrieg: „Waffenhändler oder Friedensstifter?“ und „Chinas doppeltes Spiel“, FR-Politik und -Meinung vom 21. Februar

Jetzt gilt es, politisch zuzugreifen

Die Chinesen legen einen Friedensplan vor und Jens Stoltenberg, Generalsekretär der Nato, bezeichnet diesen als „wenig glaubwürdig“. Bundeskanzler Olaf Scholz äußert sich skeptisch und Außenministerin Annalena Baerbock verweist auf die Charta der Vereinten Nationen. Und dann verweisen Experten darauf, dass China sehr enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland hätte und deshalb als Vermittler in diesem Krieg nicht auftreten könne. Und überhaupt wäre der Friedensplan so unscharf formuliert und überhaupt kein Friedensplan.

Sind die alle vollkommen von der Rolle? Der einzige Staat den Putin ernst nimmt, ist China. Etwa 35 Prozent der Produktion der deutschen Autoindustrie geht nach China. Und China wird bald Drohnen nach Russland liefern. Was wird dann folgen? Die westlichen Diplomaten, Politiker und „Experten“ leben weiter in ihrer arroganten historischen Blase, man könne China als Kriegsvermittler nicht ernst nehmen, weil China selbst keine demokratischen Strukturen hat. Jetzt gilt es politisch zuzugreifen und diesen Friedensplan ernst zu nehmen, ihn offensiv zu unterstützen und China zu bitten, zu Friedensgesprächen einzuladen. Und wenn selbst Selenskyj äußert, er findet

den chinesischen Friedensplan nicht schlecht, dann gilt es jetzt, schnell zu handeln.

Dass der Plan seine Schwächen hat, ist vollkommen klar. Aber alle, die sich die Schwachpunkte des Plans herauspicken und ihn deshalb in Gänze ablehnen, müssen die Verantwortung dafür übernehmen, wenn in wenigen Monaten chinesische Panzer den aus Deutschland gelieferten deutschen Panzern gegenüberüberstehen. Dann legt aber niemand mehr einen Friedensplan vor, dann haben wir ihn wieder: den totalen Krieg.

Reinhold Richter, Frankfurt

Kein Land darf sein Gesicht verlieren

Ein Siegfrieden ist ein Diktatfrieden der Sieger. Er lässt ein zerstörtes Land und abgetretene Ländereien mit vielen Heimatvertriebenen zurück, unzählige Tote, Verletzte und zerstörte Familien auf allen Seiten. Reparationen in unendlicher Milliardenhöhe, die den Wiederaufbau verhindern. Deutsche und Franzosen wurden Erbfeinde, weil die Franzosen 1871 gedemütigt wurden. 1918/19 legte der Siegfrieden Wurzeln für den Zweiten Weltkrieg, da er den Revanchismus und Nationalismus der Nazis und der konservativen Parteien förderte. Nach 1945 verlor Deutschland ein Viertel seines Gebietes und wurde zudem noch geteilt.

Das steht auch der Ukraine bevor, da Putin und die von der Nato gestützte Ukraine auf Maximalforderungen bestehen. Nicht westliche Werte werden verteidigt, sondern Machtansprüche. Willy Brandts Entspannungspolitik hat die Wiedervereinigung Deutschlands und eine Abrüstungswelle gebracht. Die Geschichte danach, die zur jetzigen verfahrenen Situation geführt hat, spielt in der Diskussion kaum eine Rolle.

Chinas Friedensinitiative wird zu Recht misstrauisch beäugt, darf aber nicht unbenahen abgelehnt werden. Der Generalsekretär der UN ruft zu Friedensverhandlungen auf. Dazu sollten neben den Beteiligten des Krieges auch die anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Indien, China und Südafrika) gehören. Kein Land darf sein Gesicht verlieren. Die Gebiete mit einer Mehrheit russischsprachiger Ukrainer, deren Sprache nicht als Staatssprache anerkannt wird, könnten einen Autonomiestatus innerhalb der Ukraine erhalten. Jeder Versuch zu Friedensverhandlungen ist besser als ein jahrelanger Vernichtungskrieg, der auf Kosten der großen Mehrheit der russischen und europäischen Bevölkerung geht, wie wir es erleben. Von den Klimaschäden und den ökologischen spricht schon keiner mehr!

Wolfgang Jeensch, Büdingen

Diskussion: frblog.de/f20230307



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230307

Wir bekamen schnell Hilfe

Flüchtlingsgipfel: „Hindernisse beseitigen“, FR-Meinung vom 16.2.

Unter der ambitionierten Überschrift erwarte ich als geneigter Leser, dass der Autor konkrete Vorschläge zur verbesserten Integration der ukrainischen Flüchtlinge liefert. Doch schon bei seiner Problemanalyse („Verzweiflung an der deutschen Bürokratie“) fällt auf, dass er dem üblichen Impuls folgt, die Bürokratie schlechtzureden. Wir persönlich haben vor einem knappen Jahr eine ukrainische Geflüchtete bei uns aufgenommen und beim Prozess ihrer Integration nur positive Erfahrungen mit den zuständigen Behörden unseres Landkreises gemacht. Diese Tatsache ist umso höher zu bewerten, da eine große Zahl an unterschiedlichen Ämtern eingebunden werden musste. Das Personal der Verwaltung leistete ad hoc die Betreuung von über 2500 Geflüchteten aus der Ukraine zusätzlich.

Diese Bürokratie unseres Landkreises hat für eine schnelle und unkomplizierte Hilfe gesorgt. In gleichem Maße können bürokratische Regeln und Gesetze den Missbrauch und eine ungerechte Inanspruchnahme von Leistungen verhindern. Wo hin „unbürokratische“ Lösungen führen können, hat der häufige Betrug beim Aufbau der Corona-Testcenter gezeigt.

Jürgen Bunde, Cölbe

Käßmanns Verbalkrieg

Friedensfragen: „Welche Kraft hat der Pazifismus noch?“, FR-Politik vom 18.2.

Abgesehen von der bisweilen unnötig aggressiven bis diffamierenden Wortwahl – vielleicht als Reaktion auf Prof. Müncklers zuspitzende Kritik – sehe ich leider keine Beobachtungen und Analysen diesseits der Gesinnungswirklichkeit. Dass Aufrüstung Zukunft guten Zusammenlebens schaffen könnte, das hat niemand der bisherigen Diskutant*innen behauptet. Insofern wird kaum jemand eigene Hilflosigkeit verbergen wollen und können.

Solche Hinweise gehören zum klassischen Geplänkel, wenn man – wie Frau Käßmann – sich gerade vor dieser ambivalenten, letztlich dilemmatischen Situation drückt durch gesinnungsethische Appelle und exklusiv pazifistische Narrative dagegenstellt. Warum sonst der Ausfall gegen Anton Hofreiter, der seinerseits alle erdenklichen „Mediation(en), Diplomatie, gewaltfreie Konfliktbewältigung und zivilen Widerstand“ nach Möglichkeit mitmachen würde? Eben: „Kurzfristige Lösungen, den entsetzlichen Angriffskrieg auf die Ukraine zu beenden, hat die Friedensbewegung nicht. Aber die Bellizisten und Waffenlobbyisten haben sie auch nicht“. So geschieht Verbalkrieg.

Was leider fehlt, ist vor lauter realitätsloser Gesinnungsethik und ungender Ich-Rhetorik die alteritätsethische, responsive Einbeziehung des überfalle-

nen und Waffen fordernden ukrainischen Volkes. Und dass den Nicht-Pazifisten (wer sind die?) der Friedenswillen de facto abgesprochen wird. Gibt es zwischen den Pazifisten und Bellizisten nicht die große Personengruppe der verunsicherten, ratlosen Menschen, die sich nach Frieden sehnen?

Es fehlt eine vernunftgeleitete Analyse der Situation seit dem 24.2.22. Und eine völkerrechtlich betonte und politisch klare Stellungnahme gegen den alleinigen Aggressor Putin. „Du sollst nicht verurteilen“, heißt es in anderen Friedensmanifesten. Selbstverständlich ist der putinsche Überfall (wie unser Überfall auf Polen 1939) zu verurteilen, möglichst auch vor einem Gericht. Und: „Du sollst nicht töten“ bezieht sich seinem israelitischen Ursprung nach auf die eigene Volksgemeinschaft. Dass wir heute dieses Gebot positiv als Garantie des Lebensrechtes und der Würde eines jeden Menschen auslegen und praktizieren und rechtlich sanktionieren, verdankt sich seiner Mixtur aus Humanismus und Christentum.

Fazit: Nahezu alle Betroffenen möchten Frieden und überlegen und diskutieren Wege dorthin, wobei es in diesem Dilemma keinen Königsweg gibt. Demokratie verpflichtet zum Diskurs in Anerkennung der Meinung der Anderen.

Uwe Gerber, Schopphelm

Es ist nun an den Parteien

AfD-Stiftung: „Auf Kosten des Staats“, FR-Meinung vom 23. Februar

Meron Mendel ist mit seiner Einschätzung, wonach „öffentliche Gelder der Ritterschlag wären“, um beim „Abbau demokratischer Strukturen von der Demokratie bezahlt“ zu werden, leider unbedingt zuzustimmen. Im Hinblick auf die Aussicht auf Steuergelder für die AfD-Stiftung hätte er es auch mit den Worten eines der größten Hetzer des deutschen Faschismus, Joseph Goebbels, ausdrücken können: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für (...) Freifahrkarten und Diäten zu geben, dann ist das ihre eigene Sache. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf Schafe angreift, so kommen wir.“ Mit einer aktuellen Parole ausgedrückt: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“!

Somit ist es an den demokratischen Parteien, die richtigen Schlüsse aus dem Urteil zu ziehen und sich nicht mitschuldig zu machen: Nämlich am Grabschaukeln für unsere, wenn auch reichlich verbesserungswürdige Demokratie. Bernd Bremen, Aachen

Wieder aufgewärmt

Zu: „Scholz gegen Pistorius' Vorstoß einer Dienstpflicht“, FR-Politik v. 25.2.

Am 6.2. hat FR.de einen Artikel veröffentlicht, in dem Vizeadmiral Kaack meinte, dass in Norwegen alle gemustert würden, wobei er bezeichnenderweise keine Aussage dazu machte, ob auch „alle“ eingezogen werden. Nun der Vorstoß von Verteidigungsminister Pistorius zur Dienstpflicht, womit wohl eine Wehrpflicht gemeint ist. Scholz widersteht dem (noch?). Was mich erschüttert: Zu diesem Thema ist eigentlich alles gesagt. Trotzdem wird dieser alte Hut wieder hervorgeholt, woraus sich für mich zwei Schlüsse ergeben: 1. Kaack und Pistorius sind nicht mit ausreichendem Wissen über die Problematiken einer Verpflichtung versehen, was ich nicht glaube, oder 2. es geht um etwas anderes. Dann stellt sich die Frage: Worum? Disziplinierung junger Menschen?

Es ist wirklich deprimierend, dass manche Diskussionen immer wieder aufgewärmt werden. Warum findet man in vielen Bereichen (z. B. auch Staatsangehörigkeit) nicht zu einem Grundkonsens? Dies ist eines der größten Probleme dieses Staates. Hinzu kommt, dass die fehlenden Grundkonsense erleichtern, die parlamentarische Demokratie als „Quasselbude“ zu denunzieren.

Rüdiger Erdmann, Pattensen

FR ERLEBEN

Jutta Rippegather moderiert das Podiumsgespräch der Gewerkschaft Verdi „Zukunft des Universitätsklinikum Gießen-Marburg – Leuchtturm der guten Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung?“ mit Spitzenkandidat:innen zur Landtagswahl.
Dienstag, 7. März, 17.45 Uhr
Kongresshalle Gießen

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozialstaatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis 8.3. unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, Berlin

Sandra Busch und **Florian Leclerc** moderieren das FR-Stadtgespräch mit den beiden Frankfurter OB-Kandidaten, die in die Stichwahl gekommen sind: Uwe Becker (CDU) und Mike Josef (SPD). Auch im Livestream: fr.de/eventvideo
Donnerstag, 23. März, 19 Uhr
Haus am Dom, Frankfurt